

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

192 (18.8.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl, der bei Nichtenthaltung des Druckes kein, bei gerichtlicher Zertreibung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 2 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, jährlich 20 Pf. Trichterlohn o. Oper-Zahlung 1,50 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einzelsortiment 10 Pfennig o. Einzelheft 1 Pfennig o. wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstellen o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Fernruf 7020/7021 o. Telephon-Mitteln Durach, Hauptstr. 6. D.-Baden, Jagdhausstr. 12. Kaffee, Rosenstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 192

Karlsruhe, Donnerstag, den 18. August 1932

52. Jahrgang

Papen will bleiben

Große Hoffnungen der Barone - Sie wollen lange Zeit im Amte bleiben - Krach im Hitlerlager - Hitler hat wieder einmal ein „Ehrenwort“ gegeben - Wer glaubt daran

London, 17. Aug. Der Berliner Reuter-Berichter hat über ein Interview, das ihm Reichsminister v. Papen gewährt hat, auf die Frage des Reuter-Berichters, ob der Kanzler glaube, daß seine Regierung kommende Weihnachten noch im Amte sei, antwortete der Kanzler: „Wir werden für lange Zeit im Amte bleiben.“ Weiter erklärte Reichsminister v. Papen, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Wege gehen wolle. Sollte ein Mißtrauensvotum zur Annahme gelangen, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln, wobei sie in jeder Beziehung die Absicht habe, die Bestätigung zu achten.

Der Reuter-Berichter wies dann darauf hin, daß Hitler entschieden bestreite, in seiner Unterredung mit dem Reichsminister die alte Staatsgewalt verlangen zu haben und hat Herrn v. Papen eine Neuherausgabe dieses Dementi. Der Kanzler erwiderte, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweifel geben könne. Der Führer der NSDAP, habe zugesagt, daß er während der vergangenen zwei Monate mit seinen ungeduldrigen Anhängern einen anderen Stand gehabt habe; und habe erklärt, er könne einen Einfluß an der Regierungsgewalt nicht annehmen, sondern müsse sie in ihrer Gesamtheit verlangen. Er könne nur für eine Regierung kämpfen, die sich ganz und gar mit seiner Bewegung identifiziere. Nachdem der Reuter-Korrespondent dann noch einmal als seinen Eindruck hervorgehoben hat, daß Herr v. Papen hinsichtlich der Zukunft seines Kabinetts durchaus unerschrocken sei, berichtet er weiter: Der Kanzler gab der Hoffnung Ausdruck, es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP, um ihre Ziele zu erreichen, sich in illegalen Schritten hinreichend lassen werde. Er habe von Adolf Hitler eine Zusicherung in diesem Sinne erhalten und habe seinen Eindruck, Hitler nicht zu glauben. Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken. „Wie die Dinge liegen“, erklärte der Kanzler weiter, „steht das deutsche Volk jetzt wieder geschlossener wie je hinter seinem oberem Führer, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und ist voll Vertrauen in seine weise Führung.“

Auto gefeuert und explodierte dicht vor dem Haus. Sämtliche Fensterheben des Hauses, das etwas abseits von der Straße liegt, und der Nebengrundstücke wurden zertrümmert. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Man nimmt an, daß das Attentat dem Landgerichtsrat Salinger galt, an dessen Namen die nationalsozialistisch verhetzten Attentäter Anstoß nahmen.

Meuterei im Hitlerlager

Köln, 17. Aug. (Eig. Draht.) Durch einen im heutigen Weltdeutschen Beobachter veröffentlichten SA-Befehl wird der Sturm 14/25 in Köln „mit sofortiger Wirkung aufgelöst und durch einen noch zu nennenden Sturmführer neu aufgestellt.“ Wie es scheint, hat es in diesem Sturme eine Meuterei gegeben.

Politische Schießerei

Berlin, 18. Aug. Eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entwickelte sich heute um 0.15 Uhr an der Ecke Büchsen- und Schillerstraße zu einer Schießerei. Die Polizei nahm 28 Nationalsozialisten, vier Kommunisten und vier angeblich Parteilose fest und führte sie der Abteilung I zu. Im Verlaufe der tätigen politischen Auseinandersetzungen sind zwei Nationalsozialisten durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt worden.

NS Pp. Brandstifter

Ein echter Nazimann

In der NSZ, der nationalsozialistischen Tageszeitung, die in Kaiserslautern erscheint, ist in Nr. 181 unter großer Ueberschrift in Fettdruck zu lesen:

Parteilosen heißt!

Unserem Pp. Vahr in Nienderhofstadt wurde am vergangenen Montag sein Anwesen von politischen Gegnern in Brand gesteckt, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Dadurch wurde die gesamte Ernte vernichtet. Wir wenden uns an alle Parteilosen und bitten die Bitte zu helfen. Getreide, Stroh, Korn, Weizen usw. damit Pp. Vahr mit seiner Familie über den Winter hinwegkommt. Die Gauleitung.

Die nähere Unterfuchung jedoch hat eine kleine „Wendung“ in der Sache gebracht. Nunmehr liegt man zwei Tage später in derselben NSZ, allerdings nicht in Fettdruck und nicht auf der ersten Seite, das Nachfolgende:

Wie verschiedene Zeitungen melden, wurde Gastwirt Georg Vahr nebst seinem Schwiegerohn Minos wegen angeblicher Brandstiftung verhaftet. Würden diese überführt werden, so läge ein solches Verhalten auf der gleichen Linie, wie die Angaben des Vahr, er sei Mitglied der NSDAP. Sofort nach Bekanntwerden obiger Meldung entstand bei der Gauleitung der NSDAP, der Verdacht, daß auch die Mitteilung über die Parteilosegebiertätigkeit des Vahr ein Schwindel sei. Eine Ueberprüfung der Kartei hat ergeben, daß Vahr nicht Mitglied ist, vielmehr aus der Tatkraft des „Geschädigten“ Kapital schlagen wollte. Georg Vahr gehört also nicht der NSDAP an, gesinnungsgemäß vielmehr gegebenenfalls in die Reihe der „Eisernen Front“, in der man berartige Elemente in letzter Zeit in Uebersahl finden kann. — Wir haben es schon oft genug erlebt, wie gerade solche Leute mit unserem Namen ihre SPD-Gesinnung zu verdecken versuchen.

Die „Eiserne Front“ der Nazis ist erkaunlich. Nachdem sie eben für ihren Pp. Brandstifter den Klingelbeutel geschwungen haben, erklären sie unmittelbar darauf, er sei gar nicht Nationalsozialist, aber er verleihe seine — SPD-Gesinnung zu verdecken.

Im Uebrigen ist die Hitlererei bisher nicht übertroffen worden und auch fernerhin unübertrefflich.

Zahlungseinstellung eines Konsum- und Sparvereins

Breslau, 17. August. Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend e.G.m.b.H. teilt mit, daß er genötigt sei, mit dem heutigen Tag seine Zahlungen einzustellen. Die Verwaltung erklärt dazu, durch die immerhin sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse seien Dreiviertel der mehr als 15 000 Mitglieder der Genossenschaft zum Teil nun schon seit Jahren arbeitslos und deshalb gezwungen gewesen, ihre beim Vorwärts angelegten Ersparnisse abzuziehen.

Umbau der Reichswehr

Gehemnisvolle Verhandlungen

Das Conti-Nachrichten-Bureau meldet: Ein Berliner Mittagsblatt will aus Paris über Verhandlungen berichten können, die in der nächsten Woche beginnen und den Umbau der Reichswehr zum Gegenstand haben sollen. Darüber sei von englischen Mäthern geschrieben worden. Wie wir von autoritativer Seite hören, ist die Meldung in dieser Form nicht richtig. Bekanntlich haben schon während der Abrüstungskonferenz auch selber Verhandlungen über dieses Thema stattgefunden. Es handelte sich aber nur um formlose Unterredungen, die nicht gleichsam als festumrissene diplomatische Aktionen vor sich zu gehen sind. Daß diese Unterredungen jetzt noch weitergeführt ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn eine französische Seite die Meldung über angeblich in nächster Woche beginnende geheime Verhandlungen dementieren zu müssen glaubt, indem sie darauf hinweist, daß derartige Verhandlungen erst dann eingeleitet werden könnten, wenn die Verhältnisse in Deutschland endlich geordnet seien, so stellt das einen unzulässigen Eingriff in die deutschen inneren Verhältnisse dar. Es ist klar, daß derartige Unterredungen geführt werden, weil sie das gesamte deutsche Volk selbstverständlich fordert.

Kombenattentat

Cottbus, 17. August. (Eig. Draht.) In dem benachbarten Dorf Groß-Gölow befindet sich eine Siedlung, die von der Nibelungen-Genossenschaft Siedlung G.m.b.H. errichtet wird. Dort wurde in der Nacht zum Mittwoch kurz nach Mitternacht ein eben fertiggestelltes Gebäude, das noch nicht bezogen war, durch eine Bombe in die Luft gesprengt. Man vermutet wieder ein nationalsozialistisches Attentat, trotzdem die Ortsleitung der NSDAP sofort die Erklärung veröffentlichte, sie habe nichts mit dem Verfall zu tun und mißbillige ihn.

Sprengstoffattentat

Sprengstoffattentat, 17. Aug. (Eig. Draht.) Auf das Haus des Landgerichtsrat Salinger, in dem im obersten Stock der Landgerichtsrat Dr. Salinger wohnt, wurde in der letzten Nacht ein Sprengstoffattentat verübt. Der Sprengkörper wurde vermutlich aus einem

Um die Arbeitsbeschaffung

Die Landgemeinden drängen - Die Industrie sabotiert

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gercke-Persedel, hatte für Mittwoch zu einem Presseabend im Hause der Deutschen Presse eingeladen, auf dem das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden erläutert wurde. Dr. Gercke erklärte, es müsse mit allen Mitteln dafür Sorge getragen werden, daß sich alle maßgebenden Organisationen und Parteien zur positiven Lösung der deutschen Schicksalsfrage, nämlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, bekennen, damit nicht die besten und erfolgversprechendsten Vorschläge deshalb nicht durchgeführt würden, weil sie als Empfehlungen einer Partei oder Organisation von den übrigen abgelehnt würden.

Die Vorschläge der Landgemeinden, die in Leitfäden mit ausführlicher Begründung zusammengestellt sind, geben von folgenden Erwägungen aus: Trotz schwerster Verluste auf verschiedensten Gebieten ist uns die Arbeitskraft des deutschen Volkes als höchstes Mittel zur Belebung der Wirtschaft geblieben.

Diese Arbeitskraft kann heute bei sechs Millionen Arbeitslosen nicht annähernd genutzt werden, obwohl genügend volkswirtschaftlich wichtige Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Diese volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten müssen unter Einschaltung der Privatwirtschaft zu vollem Lohn von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. Zur Trägerfähigkeit dieser Arbeiten ist die öffentliche Hand deshalb berufen, weil es sich bei den Maßnahmen vielfach um Arbeiten handelt, die ihrer Natur nach nicht im privatwirtschaftlichen Sinne rentabel sind und die infolge dessen von der Privatwirtschaft nicht in Angriff genommen werden. Zur Finanzierung eines wirklich umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms muß ein neuer Weg beschritten werden, und zwar die zinslose Kreditbeschaffung der öffentlichen Hand bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die ihre Deckung, wie die Anleihen der öffentlichen Hand bisher, in der Steuerkraft der Bevölkerung findet. Selbstverständlich müßte die Kreditbeschaffung von einer Zentralstelle, am besten von einem eigens mit großen Vollmachten ausgestatteten Reichskommissar, planmäßig überwacht und begrenzt werden, um die Gefährdung der Währung auszuschließen.

Was heute in der Öffentlichkeit vielfach vernebelt und durcheinander gemorren wird, ist die Kreditbeschaffung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Gelder. Wenn man den bargeldlosen Verkehr nach Kräften belebt

und zu seiner Förderung auch das Scheckgesetz verschärft, dann sind zur Inangasetzung auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms relativ nur geringe Mengen von Geldmitteln nötig, die die Reichsbank ohne irgendwelche Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen kann.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gercke darauf hin, daß die Reichsregierung bereits seit längerer Zeit ebenso wie ihre Vorgängerin mit der Ausarbeitung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt sei. Was sie im einzelnen an bekannten Vorschlägen bringe, könne ohne weiteres organisch in den weitergehenden Plan der Landgemeinden eingearbeitet werden.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich unter Vorsitz von Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach mit der wirtschaftlichen Lage und nahm u. a. — auf Grund eines Referates von Generaldirektor Dr. Pietrkowski — zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Hierüber wird von dem Verband folgende Erklärung abgegeben:

Der Reichsverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann, und lehnt alle ulerlosen Pläne, die zur Ausführung von Willkürprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmnungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derart gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.

Es wurde aber anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglicher Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfang als bisher vorgesehen ist.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichst Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können.

Mezelei von Ohlau

Sp. Breslau, 16. Aug. (Sig Draht.)

Der zweite Verhandlungstag vor dem Breslauer Sondergericht im Ohlauer Landfriedensprozeß begann mit der Feststellung, daß tatsächlich fünf angeklagte Reichsbannerleute aus Ohlau am Tage des Zusammenstoßes bereits gegen 8 Uhr abends Ohlau verlassen hatten. Infolge eines merkwürdigen Verbummelns der Voruntersuchung hatte man angenommen, daß auch ihre Fahrtrasse von der Polizei beschlagnahmt worden sei.

In Wirklichkeit waren die Reichsbannerleute zur Ablieferung ihrer Räder erst am Mittwoch, also vier Tage nach dem Verfall, aufgefordert worden. Als erster Zeuge wird der Ohlauer erste Bürgermeister Haunisch vernommen. Er weiß über die Angeklagten nichts Angünstiges auszusagen. Den Gewerkschaftssekretär Manke, den er schon seit langem kennt, bezeichnet er als einen bestimmten Mann, der erst unlängst bei einer Erwerbslosen-Demonstration beruhigend auf die erregte Menge eingewirkt habe. Der Bürgermeister erhielt erst bei den Zusammenstößen in der August-Feige-Straße Kenntnis von den Unruhen in einer Stadt. Der Reichsbannerführer Blech trat an ihn heran und forderte von ihm: „Sorgen Sie dafür, daß die SA aus Ohlau herauskommt und schüßen Sie unsere Angehörigen.“ Bürgermeister Haunisch forderte darauf Landjäger an, da er nur über fünf Polizeibeamte verfüge. „Ich befehle dem anwesenden Beamten, die SA-Autos auf der Grottauer Straße über Zufahrtstraße aus Brzeg anzuhalten, um sie dann in Begleitung von Polizeibeamten durch Ohlau zu leiten. Diese Anweisung ist nicht befolgt worden.“ Bei Haunisch rief darauf die Brieger Polizei an und fragte, was denn in Ohlau geschehen sei. Man habe in Brzeg telefonisch und durch Motorradfahrer Kenntnis von den ersten Zusammenstößen in Ohlau erhalten. „Ich verurteile, die Brieger Polizei zu veranlassen, SA-Leute in Brzeg zurückzuführen, aber man erwirbete sich sie seien schon abgefahren. Kurz darauf rief ich das Breslauer Ueberfallkommando zu Hilfe.“ — Vereidigter Dr. Braun wird es endlich dazu langem, das Reichsbanner zu verurteilen. Der Staatsanwalt beantwortete diese Frage und verlangte einen Verurteilungsbeschluss darüber, ob sie zum Verurteilungsgegenstand gehören. Das Gericht bejahte das und Bürgermeister Haunisch beklagte: „Ich habe das nicht gelagt.“

Der nächste Zeuge, Oberlandjäger Schön, führte die Aufsicht über die Reichsbannerveranstaltung in Dorsowitz. Erst auf Befragen des anwesenden Landarbeitersekretärs Strulik erinnerte er sich der Vernehmung der Zeugen durch Gericht. Das er in der Voruntersuchung über eine angebliche Hetzrede Durnils gesagt hat, beruht auf einer Verwechslung. — Oberlandjäger Philippowski und Bürgermeister Bürgermeister Haunisch gaben Anweisung, wir sollten acht geben, daß nichts passiert, wenn die Nationalsozialisten aus Brzeg zurückkehren. Auf dem Ring waren SA-Leute von ihren Autos abgeholt und hielten ihre Schuttrücken in der Hand. Ich sah den Befehl, sofort die Autos wieder zu befeigen. Da sagte der SA-Führer: „Wenn Sie nicht Ordnung schaffen, werden wir es tun.“ Ich erwiderte darauf: „Das ist nicht nötig.“ Ich ging die August-Feige-Straße hinunter nach dem Schloßplatz. Da kamen mir mehrere Reichsbannerleute entgegen. Von ihnen aber kam gleichzeitig ein Auto mit SA-Leuten. Der Führer eines Autos gab den Befehl, auf die Reichsbannerleute zu schießen. Der Führer des Reichsbanners, Durnil, sagte ihnen: „Nicht schießen, zurück.“ Inzwischen waren aber die SA-Leute schon bis zur Mitte der August-Feige-Straße gedrungen. Ich ging ihnen entgegen und konnte nicht verhindern, daß die Reichsbannerleute mit folgten. Es kam hier zu einem Zusammenstoß, auf dem auf der einen Seite die Reichsbannerleute, auf der anderen Seite Faustkämpfer als Waffen benutzt wurden. Nach dieser Schlägerei ging ich nach der Oberstraße, wo ein großer Zug von SA-Leuten in Richtung auf die Oberstraße marschierte. Auf Befragen erklärte ich, sie wollten an der Spitze marschierende Kameraden, die auf dem jenseitigen Ohlauer wohnten, begleiten. Der größte Teil der Begleiter waren Breslauer SA-Leute.

Ich sah, daß mehrere SA-Leute zu wiederholten Malen auf die Bewohner einschlugen, die ruhig vor den Häusern standen. Ich bemerkte, wie einem der Bewohner das Abzeichen der drei deutschen Reiche abgerissen wurde. Plötzlich ertönen Schüsse aus den hinteren Reihen. Ich eilte zurück und auf Befragen erfuhr ich, daß aus dem Hause Oberstraße 27 geschossen worden sein würde. Ich begab mich in das Haus und mußte feststellen, daß nicht aus dem Hause geschossen worden ist, sondern daß zwei Personen durch 3 Schüsse schwer verletzt worden sind, die von Nationalsozialisten vom Hausflur aus durch die Wohnungstür durchgeschossen worden waren. (Es handelt sich um die Frau des Arbeiters Karlus und ihre Nachbarin.) Als das Kommando aus Breslau ankam, fielen vom Steindamm her etwa 20 Schüsse. Ein SA-Mann wurde tödlich getroffen. Rechtsanwalt Förder fragte den Zeugen: „War Durnil befehlend?“ „Nein.“ Rechtsanwalt Dr. Braun: „Hat Durnil die Leute zurückgerufen?“ Zeuge: „Ja.“

Der nächste Zeuge, Oberlandjäger Kannel, gibt an: „Auf dem Ring kamen über 100 Leute der Eisernen Front mir entgegen. Ich benachrichtigte meine Leute und hörte, die 'Motten' seien fortgegangen. Ich begab mich nach der Oberstraße und die Nationalsozialisten auf die Oberstraße zu marschieren. Ich gab ihnen den Rat, in Bestenform zu marschieren. Ich wollte absteigen und durchmarschieren, weil Gefahr bestünde, daß sie wohnende Kommunisten in Ohlau könnten. Ich fuhr mit den Beamten zurück zum Ring, wo ungefähr 3-4 Wagen mit Nationalsozialisten standen. Diese brüllten im Sprechchor: 'Wer hat uns verraten?' Den zweiten Teil konnte ich nicht verstehen. Ich gebot Ruhe. Die Autos fuhren nun die August-Feige-Straße hinunter. (Die August-Feige-Straße führt vom Schloßplatz bis zum Schloßplatz, die Neb.). Die letzten beiden Wagen hielten plötzlich an. Die Wagen sollten beschlagnahmt

den sein. Ich sah auch einige Vermundete. Wir gingen die Dohlebrücke (am Ende des Schloßplatzes auf dem Weg nach Breslau) vor. Hier war an und auf der Brücke eine Menschenmenge versammelt, die sich teilweise mit Faustlären bewaffnet hatte. Bei etwa 20 Meter Entfernung rief ich: „Zurück! Straße frei! Polizei!“ Drei bis vier Leute standen als Erste auf der Brücke und wollten nicht weichen. Wir schlugen mit Gummiknüppeln zu. Als die Leute von der Brücke schon herunter fielen von links (jenseits der Ohle) vom Dohlebrücken her eine Anzahl Schüsse. Wir erwiderten das Feuer. Darauf ließ ich die SA-Leute antreten. (?) Etwa gleichzeitig kam auch das Ueberfallkommando aus Breslau und erhielt bei seinem Eintreffen am Steindamm Feuer. Später begannen wir in einer Schützenkette die Gebüsche in der Nähe des Konsumvereins abzusuchen. Wir fanden zwei Nationalsozialisten versteckt, die uns sagten: „Aus dem Konsumvereinslager ist geschossen worden.“ (Merkwürdig, die Polizei vermutet in diesen Gebüschen Angehörige der Eisernen Front und findet — zwei SA-Leute, die sich in der Nähe des Konsumvereinslagers versteckt haben, aus dem — geschossen worden sein soll!!!)

Der Landjägerwachmeister Golemia sagte aus: „Ich war als Erster auf der Dohlebrücke (Dohlebrücke, auf der ein SA-Mann totgeschlagen wurde). 50 bis 60 Nationalsozialisten folgten mir und schrien: „Drauf, drauf!“ Von der Schießerei habe ich nichts gehört.“

Oberlandjäger Delschläger beklagte, daß die auf der Dohlebrücke stehenden Reichsbannerleute keinen Widerstand geleistet hätten.

Schornsteinfegermeister Ludwig, ein guter Bekannter der Gastwirtin Ditto vom „Wassich“, war um 8 Uhr in das Lokal gekommen und sah, wie die eintreffenden Reichsbannerleute sich friedlich zum Glase Bier setzten. Kurze Zeit darauf erscholl der Ruf: „Alles raus!“ Ein Teil der Reichsbannerleute ging fort und kam nach zwanzig Minuten wieder. Eine halbe Stunde nach ihrer Rückkehr rief wieder jemand: „Alles raus!“ Nunmehr eilten sämtliche Reichsbannerleute nach der Stadt. Das Lokal wurde verschlossen und alles Licht ausgelöscht. Ludwig blieb in der Wohnung der Frau Ditto bis nachts um

1/2 Uhr. Er hat den Gewerkschaftssekretär Manke (eine stadtbekannt Persönlichkeit) überhaupt nicht gesehen. Die Gastwirtin Frau Ditto hörte gegen 1/2 10 Uhr den Ruf: „Alles raus auf den Ring! Wir werden überfallen!“

Die Aussagen des SA-Mannes Seidel stellen authentisch fest, daß der Beginn der Schlägerei von den Nationalsozialisten ausging. Seidel beklagte: „Ich kam mit dem Motorrad und einem Beifahrer als Erster von Brzeg. Auf dem Ring standen junge Leute. Wir wechselten Ausruf: 'Heil Hitler! und Freiheit!' Ich rief ab und gab einem von den jungen Leuten eine Ohrfeige. Darauf kamen Steine geflogen. Wir ließen den Leuten nach. Bald kam ein Anflug mit SA auf dem Ring an. Die SA-Leute sprangen herunter und jagten die auf dem Ring Stehenden fort. Reichsbannerleute befanden sich vereinzelt in der Menge.“

Der Dienleser Bentzsch, der mit seinem Fahrrad ahnungslos von der Wälderstraße her kam, wurde von SA-Leuten mit Schuttrücken geschlagen, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Die Sprichen seines Rades wurden zertrümmert.

Der Stahlkelmann Ludwig, ein Tischlermeister, wohnhaft Ring 21, vor dessen Fenster sich die erste Schlägerei abspielte, beklagte, daß der von dem SA-Motorradfahrer geschlagene junge Mann sich nicht zur Notwehr gesetzt hat. Dem Anflug mit SA-Leuten folgte kurz darauf ein Lastwagen mit SA-Leuten, die an der August-Feige-Straße abprangen. Auf einen Anhängenwagen wurde von der Menge eingeschlagen, unter der sich auch Reichsbannerleute befanden. Ein Angehöriger der Nationalsozialistischen Partei namens Langner gibt übereinstimmend mit den anderen Zeugen eine Schilderung des ersten Zusammenstoßes auf dem Ring. Er hat gesehen, wie der SA-Motorradfahrer den geschlagenen jungen Mann versetzte. Eine Zeugin, die aus dem ersten Stock ihres Hauses am Ring schaute, hörte den Ruf eines der beiden Motorradfahrer: „Wir werden es euch anstreichen!“ Auf Befehl schwärmten die von dem Lastwagen abgeprungenen Nationalsozialisten aus und verfolgten die Zivilbevölkerung. Der Tischlermeister Mond hat einen SA-Mann mit dem Revolver gesehen. Der Führer des Treckers, Kapitzki, der auf die nach der Stadt führenden Reichsbannerleute traf und von ihnen niedergeschlagen wurde, beklagte: „Der Trecker war von dem Dominium Dürrensch gestellt. Ich wollte zuerst nicht mitfahren, da die Leute schon sagten: 'Es wird Zusammenstoße geben.' Auf dem Schloßplatz kamen 70-80 Mann Reichsbannerleute auf uns zu und schlugen mit Faustlären. Ich erhielt Verletzungen an den Händen.“

Massenentlassungen bei der Post

Planlose Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter

Der Reichspostminister hat am 29. Juni an sämtliche Oberpostdirektionen eine Verfügung über eine weitere Einschränkung der Ortsbriefaufstellungen erlassen. Diese einschränkende Maßnahme, die ab 20. September in Kraft treten soll, wird mit dem ständigen Sinken des Verkehrs und des sich daraus ergebenden Rückgangs der Einnahmen begründet. Das Reichspostministerium hält unter den jetzigen Verhältnissen für Postagaturen und kleine Postämter allgemein eine e n e Zustellung für ausreichend. Bei Postämtern mittleren und größeren Umfanges muß, von ganz besonders begründeten Ausnahmen abgesehen, eine einmalige Zustellung ausreichen, während eine dreimalige Zustellung nur für Großstädte und in diesen auch nur für die inneren, häufig engegeschlossenen und überwiegend geschäftlichen Stadtteile ausfinden werden kann.

Bei der Durchführung der Zustellungsbeschränkung wird einem großen Teil der Geschäftswelt ein erheblicher Schaden angedeutet und außerdem werden Entlassungen bis zu einem Viertel des Zustellersonals eintreten. Die Reichspost rechnet mit einer Verminderung der Einnahmen im laufenden Etatsjahr von 120 Millionen Mark. Aus allen Maßnahmen der Deutschen Reichspost in den letzten zwei Jahren geht hervor, daß das Reichspostministerium keinen andern Weg findet, um die Ausgaben den verminderten Einnahmen anzupassen, als durch Personalabbau.

In der Zeit vom 30. Juni 1931 bis zum 30. Juni 1932 ist die Zahl der bei der Reichspost beschäftigten Angestellten und Arbeiter von 94 682 auf 78 523 gesunken. Rund 16 000 Arbeiter und Angestellte sind in dieser Zeit entlassen worden. Kommt die vom Reichspostminister angestrebte Einschränkung der Brief- und Paketaufstellung zur Durchführung, dann werden weitere Tausende von Postbeamten ihre Arbeitsstelle verlieren.

Im Jahre 1931 hat die Reichspostverwaltung 111 Millionen Mark durch Gehalts- und Lohnabbau eingespart und das Reich abgeliefert. Im Jahre 1932 beträgt die durch Lohn- und Gehaltsabbau eingesparte Summe 140 Millionen Mark. Mühte dieser Betrag nicht an das Reich abgeliefert werden, dann wäre eine solche Drofflung der Briefaufstellung, durch die Tausende von Postbeamten ihre Arbeitsstelle verlieren, nicht nötig. Der Vermaltungsrat der Deutschen Reichspost hat bereits bei Feststellung des Haushalts der Deutschen Reichspost für 1931 im März vergangenen Jahres in einer Entschließung ausdrücklich ausgesprochen, daß

Erparnisse an Gehältern und Löhnen unverzinst der Reichspost verbleiben müßten.

Das Reich kann die 140 Millionen Mark sehr leicht entbeden, wenn der Reichsminister der Finanzen nicht jährlich Hunderte von Millionen für die Sanierung von bankrotten Industrie- und Bankunternehmungen und des Großgrundbesitzes hergeben würde. Die Sanierung der Industrie- und Bankunternehmungen ist ständig von der Regierung damit begründet worden, daß man den Arbeitern in diesen Betrieben ihre Arbeitsstelle erhalten müsse. Dazu muß die Deutsche Reichspost also 140 Millionen Erparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung an das Reich abliefern und im eigenen Betriebe Tausende von Postbeamten entlassen. Diese neue Maßnahme wird beim Verwaltungsrat zweifellos den schärfsten Protest hervorrufen.

Diese planlose Wirtschaft muß bejeitigt werden! Selbstverständlich werden von dem Gesamtverband der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen, sofort die nötigen Schritte eingeleitet, um eine Massenentlassung von Postbeamten zu verhindern.

Arbeiter und Genossenschaften

Die Pflicht der Solidarität

Für die Unterstützung der Konsumgenossenschaften legt sich ein Aufruf ein, den der DGB, der AFA-Bund und der AFA-Deutsche Beamtenbund an die Gewerkschaftsmitglieder erlassen. In diesem Aufruf heißt es u. a.: Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Er ist umso notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Arbeitern und Mitgliedern vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen. Selbstverständlich hat die fortschrittliche Arbeiterschaft auf die Umfänge der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umfänge des privaten Einzelhandels und der Waren-

häuser. Darum muß die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Samstagsstellen der organisierten Bedarfsbedarfswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen und Bekleidung nur in den Verteilungsstellen und Warenbänken der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken. Jeder Gewerkschaftler muß Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.



Eigenartig

Ist es mit der Treue beim Kaufen. Da beweist man Tradition. Das Musterbeispiel ist der jahrelange treue Salem-Raucher. Er schwört auf

die milde SALEM 3 1/2

Piccard gestartet

Professor Piccard ist unter ungeheurem Jubel einer riesigen Menschenmenge bei fast völliger Windstille um 5.05 Uhr zu seinem Stratosphärenflug gestartet.

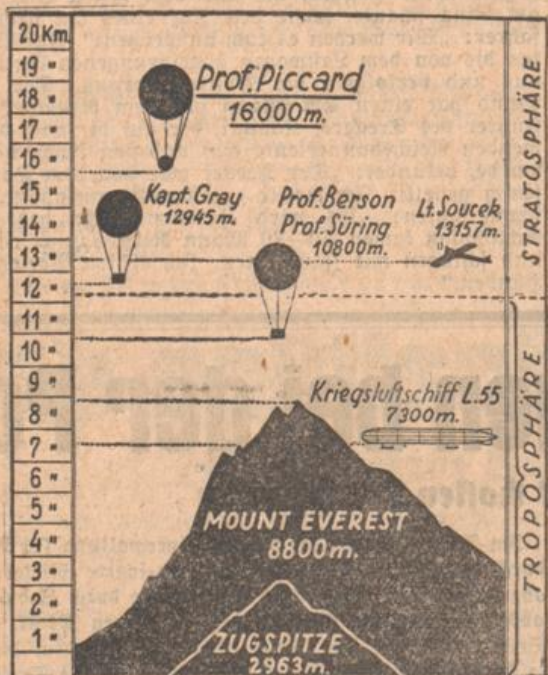
Unter der persönlichen Leitung von Professor Piccard setzten am Mittwoch nachmittags programmgemäß die Startvorbereitungen auf dem Flugplatz Dübendorf ein. Schon kurz nach 2 Uhr nachmittags verteilte sich eine zahlreiche Ueberwachungsstaffel über den ganzen Platz und kontrollierte die Abperrungen. Bei drückender Hitze brachte ein Möbelwagen die Ballonhülle, die von 30 Ballonpionieren ausgebreitet wurde.

Seit 8 Uhr abends werden die weiteren Vorbereitungen zum Start des Stratosphärenballons im Lichte der auf beweglichen Podestplatten montierten Scheinwerfer ausgeführt. Gegen 200 Pioniere bejagen den Transport der Gondel und das letzte Bereitlegen der Hülle zum Einfüllen des Gases. Der Strom der Zuschauer ver-

stärkt sich immer mehr und ein fast ununterbrochener Zug von Autos strömt herbei. Auch außerhalb des Flugplatzes verfolgen viele mit gespanntem Interesse die Vorbereitungen im gespensterhaften Lichte der Scheinwerfer. Wie verkündet, werden nach dem Start vier Automobile hauptsächlich mit Angehörigen des schweizerischen Vereins für Luftfahrt, auf die Verfolgung des Ballons geben.

Zur Verfolgung des Ballons nach dem Start durch vier Autos erfahren wir noch, daß im Führerauto Radioapparate eingebaut sind, durch die die Verfolger in ständiger Verbindung mit Piccard und Cojans zu bleiben. Der Piloter Cojans war während des ganzen Transports der Gondel aus dem Schuppen zur Waage in der Kabine und überwachte die Instrumente, damit sie nicht Schaden litten. Der Transport dauerte sehr lange und konnte nur schrittweise und mit äußerster Vorsicht vorgenommen werden. Cojans verblieb auch in der Gondel, als sie auf der Waage aufmontiert wurde. Wenige Minuten nach 9 Uhr traf Frau Piccard auf dem Flugplatz ein.

Zum neuen Stratosphärenflug Professor Piccards



Professor Piccard der jetzt wieder den Versuch unternimmt, in die Stratosphäre aufzusteigen, um dort wichtige Strahlungsmessungen vorzunehmen.

Sehen, die von Luftfahrern erreicht wurden, im Vergleich zu den höchsten Bergen Europas (Mont Blanc) und der Welt (Mount Everest). — Unter Schaubild zeigt die riesigen Höhen, in die Luftfahrer vorzubringen vermochten. Ueber 13 000 Meter Höhe, d. h. 1 1/2 mal so hoch als der höchste Berg der Erde, vermochte der amerikanische Leutnant Soucek im Flugzeug zu erreichen und noch 3000 Meter höher liegt die von Piccard erreichte Stratosphären-Höhe. Vor Piccard vermochte der Amerikaner Grant in eine Höhe von 12 945 Meter vorzubringen, wobei jedoch sein Weltrekord verblieb darum bis zu Piccards Fahrt den deutschen Profleuten Berson und Siring.



Piccard bei den letzten Vorbereitungen für den neuen Stratosphärenflug

Prof. Piccard bei der Prüfung des Gasflaschen-Lagers, das zur Füllung des riesigen Ballons dient. Der neue Start Professor Piccards in die Stratosphäre wird in den nächsten Tagen von dem Gelände der Gasanstalt Dübendorf bei Zürich erfolgen. Der genaue Zeitpunkt wird nach den Witterungsverhältnissen festgelegt.

Alles bereit zu Piccards neuem Stratosphärenflug

Die Mündung der Leitung, mittels der das Gas aus den Behältern im Hintergrund der Ballonhülle ausgeführt wird. Auf dem Flugplatz Dübendorf bei Zürich sind alle Vorbereitungen für Piccards neuen Stratosphärenflug abgeschlossen. Alles wartet auf das Signal zur Ballon-Füllung, das erfolgen wird, sowie sich günstige Witterungsverhältnisse eingestellt haben.



Aus aller Welt

Großfeuer in einer ungarischen Gemeinde

Jala-Caerssee, 17. August. In der Gemeinde Ducsos Agent-Asolo entfiel heute nachmittags infolge eines Funken, der aus dem Kamin eines Hauses floh, ein Großfeuer, das binnen wenigen Minuten sechs Wohnhäuser und 20 Wirtschaftsgebäude einäscherte. Es ist auch ein Todesopfer zu beklagen. Eine 52-jährige Frau konnte sich aus einem in Flammen stehenden Haus nicht mehr retten. Sie wurde später in einer Wehlkiste, wohin sie sich geflüchtet hatte, aufgefunden, starb aber kurz darauf. Bei den Wüstgebirgen, an denen sich die Feuerwehr von 12 Dörfern und auch bei Stadt Jala-Caerssee beteiligten, wurden zwei Männer schwer verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

23 Sträflinge ausgebrochen

Granite (Oklahoma), 17. August. Aus dem Staatsgefängnis sind 23 Sträflinge ausgebrochen. Bis jetzt konnten nur vier wieder eingefangen werden. Die übrigen geben in der Umgegend Anlaß zu großen Beunruhigungen unter der Bevölkerung.

Der Vater erschoten

Ferth, 17. August. In Fornum geriet heute morgen der Sohn des Schmieds Schuder mit seinem Vater in Streit, in dessen Verlauf der Vater erschoten wurde. Der als jähormig bekannte Sohn wurde verhaftet.

Absturz eines französischen Marineflugzeugs — Vier Tote Paris, 17. August. Bei einem Nachtflug stürzte ein Marineflugzeug mit vier Mann Besatzung unweit Bizerta ab. Der Apparat ging in Flammen auf.

Tödlicher Unfall in einer SA-Schule

Kreienlen (Braunschweig), 17. August. In der hiesigen SA-Schule ereignete sich gestern abend ein tödlicher Unglücksfall. Der dem 21-jährigen SA-Mann Fritz Lampe aus Hannover das Leben kostete. Die Landjägerzeitung berichtet, daß Lampe, der im Wirtshaus der SA-Schule tätig war, mit einer Pistole hantierte, die ihm vom 40-jährigen Küchenchef Kasel abgenommen wurde, mit der Waffe Versuche machen wollte. Wärend sei ein Schuß losgegangen und habe Lampe in die linke Seite getroffen. Der Verletzte wurde in die Göttinger Klinik eingeliefert, wo er trotz einer sofort vorgenommenen Operation verstarb. Kasel wurde dem Amtsgericht vorgeführt, nach seiner Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Waffenfunde in Pinneberg

Pinneberg, 17. August. Durch Landjägerbeamte und hiesige Polizei ist heute normittag in einem hauptsächlich von Angehörigen der RPD bewohnten Viertel eine Razzia durchgeführt worden. Eine Reihe von Sägen und Schlagwaffen wurde beschlagnahmt. In einer Hede fand man mehrere Waffen verlegt, dazu zwei Blechbüchsen, die Sprengstoff zu enthalten scheinen.

Gewerkschaftliches

Tarifabschluß für Gemeinde- und Staatsarbeiter

Ohne Zuhilfenahme der staatlichen Schlichtungsorgane ist jetzt die Reichsmanteltarife für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner zwischen den Tarifparteien neu abgeschlossen worden. Ueber ein Jahr dauerten die Verhandlungen. Unter die neu abgeschlossenen Reichsmanteltarifverträge fallen insgesamt 315 000 Gemeindearbeiter und kommunale Straßenbahner.

Mit der Kündigung der Manteltarife wurde eine weitgehende Herabsetzung der Leistungen dieser Verträge beschlossen, ebenso die Herabsetzung bestimmter Gruppen, wie der Arbeiter des Gesundheitswesens und der Parkbetriebe aus den Verträgen. Aus allen Bezirksarbeiterverbänden lagen Bescheidungsanträge vor.

Um die Zuschläge bei Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Zahlung der in die Woche fallenden gelegentlichen Feiertage wurde besonders scharf gerungen. Hart umstritten war auch die Frage der Gewährung von Urlaub in der Höhe der gewöhnlichen Höhe. Nach vierstägigen Verhandlungen wurde erreicht, daß die Zuschläge für Überarbeit, für dienstplanmäßige Nachtarbeit wie bisher erhalten blieben, dagegen der Zuschlag für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit und für Urlaub während der Woche etwas herabgesetzt wird. In der Ueberlaubsdauer tritt für Gemeindearbeiter in Städten über 100 000 Einwohner eine Verringerung nicht ein, dagegen wird um 1 bis 3 Tage für die Straßensahner werden 75 Prozent des Bruttolohnes zur Auszahlung gebracht, von denen die reichsgeleitlichen Leistungen in Abzug kommen. Die neuen Tarife treten am 1. Oktober in Kraft und können erstmalig am 31. Dezember 1933 gekündigt werden.

Den maßlosen Abbauwünschen der Unternehmer ist nicht ohne Erfolg entgegengetreten worden. Die Interessen der Gemeindearbeiter wurden gewahrt, soweit dies in der Amtszeit überhaupt möglich ist. Diesen in Anbetracht der Verhältnisse unbestreitbaren Erfolg verdanken die deutschen Gemeindearbeiter ihrer ausgezeichneten Organisation. Die eigene Kraft sind Verträge geschaffen, die das soziale Tarifrecht der bei den Gemeinden Beschäftigten neu verankern.

Die Reichstarkommissionen des Gesamtverbandes, dem der Orlopp über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstattete, haben nach lebhafter Diskussion dem Neuabschluss der einstufigen angestrebten Entschließung zugestimmt, weil die Vertragswerte als Ganzes gesehen die sozialen Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner in dieser Krisenzeit sichern.

Volkswirtschaft

Katastrophe im Wohnungsbau

Nach „Wirtschaft und Statistik“ ist im ersten Halbjahr 1932 der deutsche Wohnungsbau gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in katastrophaler Weise zurückgefallen. In Groß- und Mittelstädten (über 50 000 Einwohner) wurden 21 200 Wohnungen fertiggestellt, um 61 Prozent weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei kamen durch den Bau alter Wohnungen diesmal 5 600 Wohnungen hinzu, gegen nur 2 500 in der Vorjahreszeit. Die Zahl der Baubestellungen betrug 14 800, um über die Hälfte zurück. Die Zahl der Baubewilligungen ging um 49 Prozent zurück. Die Zahl der öffentlichen Baugesellschaften (Hausbauvereine) erhöhte den Anteil der Auftragsgeber gegenüber dem Vorjahr von 37 auf 45 Prozent und senkte den der gemeinnützigen Bauvereinigungen von 57 auf 45 Prozent. In sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern wurden nur 27 000 Wohnungen fertiggestellt gegen 65 900 im ersten Halbjahr 1931! Es wurden nur 21 100 Wohnungsbauten begonnen gegen 41 600 im Jahr 1931. Die Zahl der Baubewilligungen sank von 49 400 auf nur 25 800 Baubewilligungen im ersten Halbjahr 1932.

